

MBT 2.0 – Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie langfristig sichern

Situationsbeschreibung

Demokratiefeindliche, fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen sind in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in Ost und West unterschiedlich ausgeprägt, insgesamt jedoch weit verbreitet. Dies belegen Untersuchungen wie die des IKG Bielefeld¹ ebenso wie die der Universität Leipzig.² Regionale Untersuchungen für einzelne Bundesländer, wie der Thüringen- oder der Sachsen-Anhalt-Monitor bzw. regionale Auswertungen der oben benannten Studien untermauern diese Besorgnis erregenden Befunde. Sie zeigen eine in breiten Bevölkerungsschichten und über alle Altersgruppen hinweg verankerte Demokratiefeindlichkeit.³ Antisemitismus, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus artikulieren sich auch auf der Handlungsebene.

Rechtsextreme Organisationen wie NPD, JN und Freie Kameradschaften verfügen über eine anhaltend hohe Anziehungskraft insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Dennoch ist Rechtsextremismus kein Jugendproblem. Vielerorts und nicht nur in Ostdeutschland konnten sich extrem rechte Alltagskulturen etablieren oder sind gar zur dominierenden Jugendkultur geworden.

Die rechtsextremen Parteien NPD und DVU sind aktuell in drei ostdeutschen Landtagen vertreten. In zahlreichen Kommunalvertretungen der Bundesrepublik sitzen rechtsextreme Mandatsträger aus Parteien und Gruppierungen wie NPD, DVU, Republikanern und der PRO-Bewegung. Demokratinnen und Demokraten tun sich in der Auseinandersetzung mit ihnen häufig schwer. Auch wenn die NPD als stärkste rechtsextreme Partei sich aktuell in einer Finanzkrise befindet und durch innere Zerrissenheit geprägt ist, wäre es völlig verfehlt, auf ein Ende des parteilich organisierten Rechtsextremismus zu hoffen.

Die Anzahl extrem rechter Straf- und Gewalttaten in der Bundesrepublik ist seit Jahren auf einem hohen Niveau. Täglich ereignen sich rechtsextreme, rassistisch oder antisemitisch motivierte Gewalttaten bei denen sozialdarwinistische und fremdenfeindliche Diskurse in eine gewalttätige Praxis gegen gesellschaftliche Minderheiten und couragierte Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einbringen. Seit 1990 wurden so mindestens 140 Menschen getötet. Viele hundert Personen wurden von Nazis angegriffen und verletzt.

Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Opfer solcher Verbrechen beschränkt sich zu häufig auf besonders spektakuläre und in den Medien breit rezipierte Fälle. Die starke Verankerung rechtsextremer und demokratiefeindlicher Einstellungsmuster geht – besonders in Ostdeutschland – einher mit einer mangelnden demokratischen Praxis der Mehrheitsgesellschaft. Aber auch in Westdeutschland erodiert die Bereitschaft von Menschen sich zivilgesellschaftlich zu engagieren.

¹ Seit mehreren Jahren analysiert eine Forschergruppe um den Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer die Thematik „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Deutsche Zustände, Band 1 bis 7, Frankfurt am Main 2002 bis 2008.

² Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eruiieren seit 2004 die Leipziger ForscherInnen um Oliver Decker und Elmar Brähler Einstellungsmuster der bundesdeutschen Bevölkerung. Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler Norman, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006; Decker, Oliver u. a., Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin 2008; Decker, Oliver/Brähler, Elmar, Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Berlin 2008.

³ Auf das Ausmaß fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen unter jungen Menschen in Deutschland hat zu Beginn des Jahres die Teilauswertung einer durch das Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen aufmerksam gemacht. Vgl. Baier, Dirk u. a., Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum Gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN, Hannover 2009. Ebenso auch den Ergänzungsbericht zur Mitgliedschaft in rechten Gruppen und Kameradschaften.

Diese Bereitschaft von Menschen sich für Demokratie – gegen Rechtsextremismus einzubringen, bedarf deshalb – insbesondere vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Handelns zwischen Ost und West bzw. zwischen Städten und in ländlichen Regionen – einer der „Vor Ort Situation“ angepassten Beratung und Begleitung.⁴ Die in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen⁵ sollten hier Aufnahme finden.

Mobile Beratung – Demokratiearbeit mit Tradition und Standards

„Arbeit für demokratische Kultur ist Arbeit gegen Rechtsextremismus“ – unter diesem zentralen Leitsatz arbeiten seit Mitte der 1990er Jahre Menschenrechtsgruppen und Initiativen, deren Ziel es ist, rassistischen Einstellungen und rechtsextremen Strukturen eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft entgegenzustellen. In ihrer Praxis hatten sie nicht allein die zunehmende rassistische Alltagskultur und rechtsextreme Gewalt, sondern auch die Hilflosigkeit oder das Desinteresse der Bürgergesellschaft in Deutschland und Europa als schockierend wahrgenommen. Eine kontinuierliche Arbeit für demokratische Teilhabe, verstanden als ständiger Lern- und Aushandlungsprozess zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, erschien ihnen damals geboten und ist bis heute aktuell.

Rechtsextreme Verankerung und Gewalt ist demnach⁶ weder neu noch auf den Osten Deutschlands beschränkt. In Ostdeutschland wurden jedoch – weil die beschriebenen Probleme dort mit besonderer Vehemenz zu Tage traten – in den vergangenen mehr als zehn Jahren die Grundlagen von Mobiler Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus gelegt. Ausgehend vom Land Brandenburg begannen – ab dem Sommer 2001 finanziert durch das Bundesprogramm „Civitas – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ (CIVITAS) – in fast allen ostdeutschen Bundesländern und Berlin Mobile Beratungsteams (MBTs) und Opferberatungsprojekte mit ihrer Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Dieser Aufbau neuer und aufeinander verweisender Beratungsstrukturen stellt eine Erfolgsgeschichte des Zusammenwirkens staatlicher Stellen⁷ und der Zivilgesellschaft⁸ in der Bundesrepublik dar.

Im Jahr 2005 haben MBTs aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen die Ziele und Fachstandards ihrer gemeinsamen Arbeit in einem Profilvertrag verbindlich beschrieben.⁹ Dieses Profil Mobiler Beratung – entstanden während eines mehrjährigen Wissenschaft-Praxis-Dialogs und gefördert durch das Bundesprogramm CIVITAS – gilt bis heute fort und bleibt handlungsleitend auch für weitere, seitdem hinzugekommene Beratungsteams:¹⁰

⁴ Vgl. dazu: Berg, Lynen von/Pallos, Kerstin/Steil, Armin, Interventionsfeld Gemeinwesen: Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim 2007. Berg, Lynen von/Pallos, Kerstin/Vossen, Johannes, Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, Bielefeld 2003, S. 171 und Roth, Roland/Klein, Ludger, Bürgernetzwerke gegen Rechts: Perspektiven der Aktionsprogramme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Nr. 36/2005), S. 114-126.

⁵ Vgl. hierzu besonders das nachfolgende Kapitel.

⁶ Vgl. Kapitel eins in diesem Grundsatztext.

⁷ Der Aufbau Mobiler Beratungsteams und Opferberatungsstellen als Strukturprojekte zivilgesellschaftlicher Arbeit für Demokratie gegen Rechtsextremismus wurde durch das Bundesprogramm CIVITAS des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglicht und später in verschiedenen Bundesländern der Bundesrepublik kofinanziert.

⁸ Die Erfahrungen der Mobilen Beratungsteams und der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt im Land Brandenburg nahmen zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte ab dem Jahr 2001 zum Anlass, vergleichbare Beratungsprojekte auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern aufzubauen und die Fachstandards Mobiler Beratung dabei weiterzuentwickeln.

⁹ Koordination Mobile Beratung in Ostdeutschland (Hrsg.), Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus. Ein Profil der Arbeit Mobiler Beratungsteams in Berlin, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen und Thüringen. Berlin 2005.

¹⁰ Die dieses Grundsatzpapier unterzeichnenden Organisationen erklären mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis

„Die MBTs sind ein Beratungsangebot mit dem Anliegen, demokratisch bürgerschaftliches Engagement zugunsten einer zivilen Menschenrechtskultur im Gemeinwesen zu stärken. (...) Daher unterstützt Mobile Beratung vorhandene und neue zivilgesellschaftliche und demokratische Kräfte und zielt auf demokratische Diskurse durch die Anregung von Kommunikationskompetenzen und die Erschließung von demokratiefördernden Ressourcen.

Demokratische Kultur ist überall dort gefährdet, wo es nicht allen Akteuren möglich ist, an ihr teilzuhaben. Sie ist also nicht nur utopischer Anspruch, sondern soll als erlebbare und konkrete Praxis im Alltag entwickelt werden. Dazu gehört die Sensibilisierung für die Situation von Minderheiten im Gemeinwesen und die Solidarisierung mit (potenziellen) Opfern rechtsextremer Gewalt. (...) Folglich wendet sich Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung und setzt auf den Aufbau langfristiger zivilgesellschaftlicher Strukturen. Mobile Beratung wirkt darauf hin, dass die Perspektive von Minderheiten von der Mehrheit wahrgenommen wird. Dies bedeutet, dass soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten in die Netzwerkstrukturen einer menschenrechtsorientierten Demokratie einbezogen werden.“

Die MBTs einigten sich außerdem auf folgende Arbeitsweisen und Standards:

- MBTs gehen analytisch vor, sie recherchieren rechtsextreme Zusammenhänge und Dominanzverhältnisse einerseits und die Ressourcen und Rahmenbedingungen demokratischer Akteure andererseits.
- MBTs verfolgen einen systemischen Ansatz, indem sie Problemlagen nicht isoliert, sondern immer unter Einbeziehung weiterer relevanter Zusammenhänge und Akteure bearbeiten.
- MBTs verwenden Methoden politischer Bildungsarbeit. Sie stellen Methodensets zur Verfügung, die Beratungsnehmende zur Bestimmung von Inhalten und Konzepten befähigen.
- Die Beratung vor Ort ist mobil¹¹ und aufsuchend.
- Die Beratung vor Ort ist ressourcenorientiert. Institutionelle Zuständigkeiten, Kooperationsbeziehungen und reale Entwicklungsspielräume sind ihr Ausgangspunkt.
- Die vergleichende Perspektive wirkt als anreizorientierter Ansatz (Übertragbarkeitsprüfungen).
- Die Beratung vor Ort ist Beratung als Prozessbegleitung mit der Orientierung auf Nachhaltigkeit.
- Die Beratung vor Ort hat Transparenz und Offenheit gegenüber den Beratungsnehmenden sowie Vertrauens- und Datenschutz gegenüber der Öffentlichkeit zur Voraussetzung.
- Die Beratung vor Ort ist Teamarbeit. Eine systematische Reflektion des Prozessverlaufs ist Teil der Arbeit.

Das im Jahr 2007 nach langen politischen Auseinandersetzungen durch den Bund mit Kofinanzierung der Länder in Kraft gesetzte Bundesprogramm „Kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ (KOMPETENT) ermöglichte die Ausweitung der erfolgreichen Modelle zur Demokratieentwicklung auch auf den Westteil der Bundesrepublik. Dabei erhofften sich die Beratungsträger, dass der gesamtdeutschen Problematik eines erstarkenden Rechtsextremismus auch ein gesamtdeutsches Programm entgegengestellt würde, welches den hohen Innovationsgrad der Mobilien Beratungsarbeit (Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen) in Westdeutschland verankern und in

mit dem oben benannten Profilpapier aus dem Jahr 2005.

¹¹ Neben den technischen Grundvoraussetzung (Auto und Mobilfunk für aufsuchende Beratung) stellt das Prinzip der Mobilität auch Ansprüche an die persönlichen Fähigkeiten des Beratungspersonals. So ist es notwendig, eigene Qualifikationen auf örtliche Rahmenbedingungen angepasst einzusetzen bzw. mit örtlichen Problemen und Ressourcen umgehen und arbeiten zu können. Gleichzeitig sind Sozialkompetenzen unabdingbar, etwa die Fähigkeit zur Beziehungsarbeit und die Anschlussfähigkeit an die örtlichen Diskurse durch das Verwenden der Sprache der Akteure.

einem gesamtdeutschen Programm weiterentwickeln könnte. Hierzu gehören bspw. Gemeinwesenanalysen als Grundlage passgenauer Beratung für die jeweilige lokale Problemlage und das Erhalten einer Geh-Struktur¹² als richtige Antwort auf die demographische Entwicklung, Genau dieses Potenzial konnte im bisherigen Verlauf des Bundesprogramms KOMPETENT nicht vollständig genutzt werden, weil die Rahmenrichtlinien des neuen Bundesprogramms andere Handlungsansätze in den Mittelpunkt stellten.¹³

Die Erfahrungen und Ergebnisse der MBTs beschreiben hingegen ein Erfolgsmodell. Wir wollen, dass die oben skizzierten Beratungsstandards auch in Westdeutschland Grundlage einer zivilgesellschaftlich orientierten Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus werden.

Der „Verstaatlichung“ der Zivilgesellschaft entgegenwirken

Viele formelle Abläufe der Mobilen Beratung sind im neuen Bundesprogramm anders geregelt. Über zumeist an die jeweiligen Landesregierungen angebundene Landeskoordinierungsstellen werden die Beratungsnetzwerke in den Bundesländern gesteuert. Auf der Ebene der Programmbeschreibung und des administrativen Aufbaus von KOMPETENT muss deshalb von einer „Verstaatlichung der Zivilgesellschaft“ gesprochen werden, die mit den Standards Mobiler Beratung nur schwer in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die Träger der Mobilen Beratungsarbeit in den vormalig über CIVITAS geförderten Strukturen sehen sich heute einer regen staatlichen Kontrolle ausgesetzt, die zum Teil weit über die Sicherstellung einer förderzweckgemäßen Verwendung staatlicher Mittel hinaus geht. In den im Programm neu geförderten „Alten Bundesländern“ zeigt sich darüber hinaus eine Abkehr vom Prinzip zivilgesellschaftlich initiiertes, nachhaltiger und langfristiger Beratungsarbeit hin zu ad hoc von staatlicher Seite zusammengestellten „Feuerwehr-Teams“ mit Mitgliedern staatlicher Einrichtungen ebenso wie zivilgesellschaftlichen Trägern, die kurzfristige Krisenintervention als Honoraraufgabe betreiben.

Die Standards zivilgesellschaftlicher Arbeit, namentlich Prävention im Sinne von Demokratieförderung, Intervention im Sinne von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Vertraulichkeit der Beratung durch Transparenz und Offenheit gegenüber den Beratungsnehmenden, Vertrauens- und Datenschutz gegenüber der Öffentlichkeit, systemische Beratung durch mehrdimensionale Einbeziehung relevanter Zusammenhänge und Akteure, Langfristigkeit im Sinne von zeitlich dauerhafter Begleitung von zivilgesellschaftlichen Prozessen und Beziehungsarbeit, Niedrigschwelligkeit im Sinne des Ansetzens an den Alltagserfahrungen der Menschen und den sich daraus ergebenden Handlungsmöglichkeiten, sind hierdurch gefährdet.

Qualität Mobiler Beratung sichern und weiterentwickeln

Im Jahr 2010 endet die erste Programmphase des Bundesprogramms KOMPETENT. Anderthalb Jahre vor dem Ende des Förderzeitraums und mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 sowie die anstehenden Haushaltsverhandlungen im Bund und den Ländern wollen die Träger und MitarbeiterInnen zivilgesellschaftlicher Initiativen aus dem Bereich Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus die gemachten Erfahrungen mit folgenden Zielkoordinaten in den öffentlichen und politischen Raum einbringen:

¹² Bei der ‚Geh-Struktur‘ - die der Mobilen Beratung immanent ist - geht es um die direkte Verknüpfung der Beratung mit dem Lebens- und Erfahrungshintergrund der Zielgruppen. Das Beratungsangebot der MBTs wird im Sozialraum der Zielgruppen unterbreitet und nutzt dabei soziale, kulturelle bzw. politische Infrastrukturen vor Ort.

¹³ Während CIVITAS an vielen Stellen die Entwicklung und Anerkennung örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen als Programmaufgabe formulierte, liegt die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den Leitlinien des neuen Bundesprogramms nicht mehr im Fokus. Stattdessen geht es um kurzfristige, anlassbezogene Intervention bei rechten Ereignislagen.

Wir wollen Bund, Länder und Kommunen finanziell stärker in die Verantwortung für die Finanzierung von Programmen der Demokratieentwicklung nehmen. Dabei müssen alle Akteure im Sinne einer Verantwortungsübernahme für Problemlagen im jeweils eigenen Bundesland unabhängig von generalisierenden Bundesprogrammen tätig werden (Bsp. Brandenburg und der Aufbau der MBTs). Die in der Situationsbeschreibung (s. o.) aufgeführten Problemlagen müssen dabei Ausgangspunkt für langfristiges politisches Handeln sein.

a) auf der Ebene von Qualitätsentwicklung

- eine bundesweite institutionelle Förderung der Arbeit für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus mit einem Fokus auf der Stärkung demokratischer Alltagskulturen und Konfliktlösungskompetenzen in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und staatlichen Institutionen
- einen Transfer der in Ostdeutschland entwickelten Qualitätsstandards Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus, der über eine Kopie des bereits Erreichten hinausgeht und die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von mobiler Beratung berücksichtigt
- eine kontinuierliche, universitäre Begleitforschung
- eine Einbindung der Expertise von erfahrenen zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Ausgestaltung von Bundes- und Landesprogrammen
- eine komplementär zur Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus agierende Struktur von Opferberatungsprojekten

b) auf der strukturellen Ebene

- die gewachsenen und qualitativ gut arbeitenden Träger- und Netzwerkstrukturen der Mobilen Beratung mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten und weiterzuentwickeln, anstatt neue Strukturen zu schaffen.
- die Finanzierung einer bundesweiten zivilgesellschaftlichen Koordination, die Austausch und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards sichern hilft

Angesichts der Herausforderungen, die sich durch Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ergeben, brauchen wir – in Ost und West – eine belastbare und handlungsfähige Beratungsstruktur.

Unterzeichnende Organisationen und Träger (Stand: 21. August 2009)



Kulturbüro Sachsen



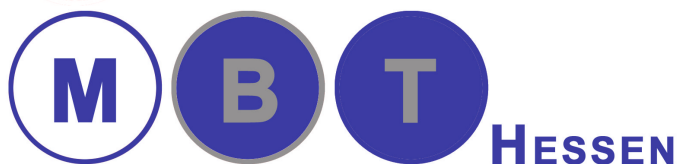
MOBILE BERATUNG IN THÜRINGEN
FÜR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS





Geschichtsort

Erinnern
Forschen
Lernen



verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e. V.



EinzelunterzeichnerInnen (Stand: 21. August 2009)

Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e.V.
Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V.
Elisabeth Siebert, Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan-Güstrow-Rostock
Hartmut Gutsche, Regionalzentrum für demokratische Kultur Nordvorpommern-Rügen-Stralsund
Sebastian Striegel, Miteinander e.V.
Anne Mehrer, Miteinander e.V.
Ulrike Grund, Miteinander e.V.
Martin Burgdorf, Miteinander e.V.
Sebastian Goecke, Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz
Nora Sejdijaj, Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz